

03.03.25

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verordnung zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie

Bundesministerium
der Justiz
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 3. März 2025

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der am 22. November 2024 gefassten Entschließung des Bundesrates zur Voll-digitalisierung der Bescheinigung über das Versicherungskennzeichen in Artikel 22 der Brokratieentlastungsverordnung (BR-Drs. 483/24 (Beschluss)) nehme ich für die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Der Bundesrat hat vorgebracht, dass der Nachweis der Versicherung bei zulassungs-freien Fahrzeugen durch Vorzeigen eines PDF hinter den technischen Möglichkei-ten zurückbleibt. Er hat die Bundesregierung daher aufgefordert, zeitnah eine voll-digitalisierte und, falls möglich, automatisierte Lösung vorzuschlagen und für eine rechtssichere Umsetzung zu sorgen.

Dem stimmt die Bundesregierung im Ergebnis zu: Die Regelung in der Bürokratie-entlastungsverordnung war von vornherein nur als erster Schritt gedacht, der zu-nächst eine praktische Erleichterung bringt: Der Nachweis muss nun nicht mehr als Papierdokument mitgeführt werden; es genügt beispielsweise ein auf dem Smart-phone gespeichertes Dokument.

Diese einfache digitale Versicherungsbestätigung sollte in der kommenden Legislatur zu einer anspruchsvolleren Lösung weiterentwickelt werden. Dabei werden gegebenenfalls aber auch weitere Anpassungen der Vorschrift in der Fahrzeug-Zulassungsverordnung erforderlich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Saathoff